

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Spanien: Konjunkturelle Drehzahl sinkt

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2001) : Spanien: Konjunkturelle Drehzahl sinkt, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 10, pp. 25-30

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Spürbare Verlangsamung des Wirtschaftswachstums 2000. Zunächst weitere konjunkturelle Abschwächung. Erholung im Jahre 2002. Wirtschaftspolitik wirkt leicht anregend. Bis zuletzt rascher Preisanstieg. Weniger rasante Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Defizit der Leistungsbilanz bleibt beträchtlich.

Das soziale und politische Umfeld wird geprägt von unterschiedlichen Strömungen. Stabilisierend wirkt das seit den Parlamentswahlen vom März 2000 mit absoluter Mehrheit regierende, vom Partido Popular (PP) gestellte Kabinett Aznar. Wie bisher sucht die Regierung in Fragen von erheblicher nationaler Bedeutung Entscheidungen auf der Basis eines breiten Konsens der politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen herbeizuführen. Dabei wird sie in der Regel nicht nur von Regionalparteien, sondern auch von den Sozialdemokraten (PSOE) unterstützt.

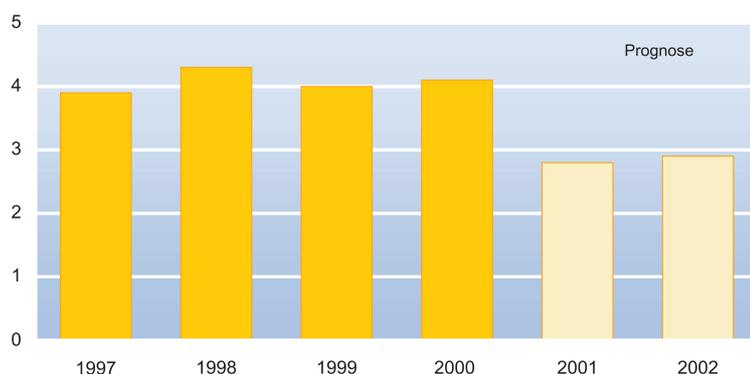
Irritierend muss hingegen auf die Zentralregierung das Ergebnis der **Wahlen vom Mai 2001 im Baskenland** wirken. Deren harter Konfrontationskurs gegenüber den baskischen Parteien zahlte sich nämlich nicht aus. Die geringen Stimmengewinne des PP erlauben es ihr nicht, im Schulterschluss mit dem PSOE die baskischen Parteien von der Regionalregierung auszuschließen. Denn die gemäßigten Nationalisten (PNV/EA) behaupteten sich nicht nur als stärkste politische Kraft, sondern legten auch noch kräftig an Stimmen zu. Das Wahlergebnis zeigt, dass die Basken zwar den Terror der ETA leid, ihre separatistischen Bestrebungen aber ungebrochen sind. Es dürfte wieder zu einer von baskischen Parteien und der kommunistisch ausgerichteten Izquierda Unida gestützten PNV-Regierung kommen. Damit bleibt das Baskenproblem nicht nur weiter auf der politischen Tagesordnung, sondern beeinträchtigt zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung der baskischen Region und damit der spanischen Volkswirtschaft. Zudem ist noch völlig offen, ob die ETA nach der herben Wahlniederlage ihres politischen Arms, der Euskal Herritarrak (EH), nicht doch noch ihre Drohung wahr macht, durch Terroranschläge in Feriengebieten den spanischen Tourismus schwer zu schädigen.

Probleme in bisher nicht gekanntem Ausmaß hat die Regierung zudem mit der **katholischen Kirche**, wobei u.a. Probleme im Umgang mit der ETA, die nicht zurückgenommenen Abtreibungsgesetze sowie das verschärfte Ausländergesetz so schnell nicht zu lösen sein werden.

Zusätzlich hat die Regierung größere **Schwierigkeiten mit Marokko und einigen EU-Ländern**: Der EU-Fischereivertrag mit Marokko, von dem vor allem die überdimensionierte spanische Fischerei profitiert, ist 1999 ausgelaufen. Erst im April 2001 war ein zweiter Anlauf zu einem neuen Vertrag gescheitert. Dies und die Frage der Arbeitskräftezuwanderung aus dem Maghreb im Allgemeinen und der illegal in Spanien Arbeitenden im Speziellen belastet das Verhältnis zum südlichen Nachbarn erheblich. Im Disput mit EU-Mitgliedern, vor allem mit Deutschland und Österreich, geht es indes um mehr. Spanien verlangt schon jetzt die Zusicherung, Zuwendungen aus den EU-Struktur- und Regionalfonds auch über die Laufzeit der Agenda 2000/2006 hinaus in voller Höhe garantiert zu bekommen; während dieses Zeitraums erhält Spanien mit 54 Mrd. Euro weitaus mehr als jedes andere EU-Land, und die

Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderungsrate in %



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Zuwendungen aus den Strukturfonds machen derzeit etwa 1,5% des BIP aus. Andernfalls werde es die von Deutschland und Österreich geforderte siebenjährige Übergangsfrist für die Freizügigkeit mitteleuropäischer Arbeitskräfte im Zuge der EU-Osterweiterung, und damit möglicherweise die Erweiterung selbst, blockieren. Es ist offen, wie Spanien mit diesen brisanten Themen umgehen wird, wenn es im **ersten Halbjahr 2002 die EU-Ratspräsidentschaft** übernimmt. Immerhin scheint seitens der Regierung Berlusconi italienische Unterstützung in dieser Frage zu winken. Damit würden zwei große Länder, die während Jahrzehnten europäische Solidarität finanziell für sich in Anspruch nehmen konnten, die den Mitteleuropäern gegenüber gebotene Solidarität, wenn auch wohl nur mittelfristig, verweigern.

Wirtschaftspolitisch wird der bisherige Kurs fortgesetzt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit genießt weiter Priorität, auch um innenpolitischen Spannungen entgegenzuwirken. Nächstes Jahr wird es im Vorfeld der Parlamentswahlen 2004 zu finanzpolitischen Lockerungen kommen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** stellten sich folgendermaßen dar: In den **USA** nahmen Nachfrage und Produktion um 5% zu. In **Japan** ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% gestiegen. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,3% zu; in der EU waren es ebenfalls 3,3%, im Euro-Raum expandierte es um 3,4% und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um 8%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 13%.

In **Spanien** konnte das hohe Wachstumstempo des Vorjahres nur noch im ersten Quartal gehalten werden. Anschließend expandierte die Wirtschaft zwar sehr stetig, aber spürbar langsamer. Dank des hohen Überhangs zu Jahresbeginn errechnet sich für das **reale Bruttoinlandsprodukt** mit 4,1% eine ebenso hohe Veränderungsrate wie 1999. Der Output-Gap wurde erstmals positiv. Während die Inlandsnachfrage an Schwung verlor, vielfach aber immer noch konjunkturell überhitzt blieb, besserte sich der Außenbeitrag dank rascher steigender Exporte. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde nochmals deutlich günstiger. Gleichzeitig verteuerte sich die Lebenshaltung rascher, wesentlich bedingt durch die gute Konjunktur, aber auch infolge stark verteuerter Importe. Letztere bewirkten ein weiter kräftig steigendes Defizit der Leistungsbilanz. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte machte weitere Fortschritte.

Die wichtigsten Impulse erhielt die Konjunktur vom **Export** von Gütern und Dienstleistungen (+ 10,8% nach 6,6% in 1999). Anregend wirkte die gute Wirtschaftslage in Westeuropa sowie die starke, durch den hohen Dollarkurs zusätzlich gestützte Nachfrage aus den USA. Da die **Einfuhr** mit 10,4% schwächer – und auch weniger stark als 1999 – zunahm, verbesserte sich der Außenbeitrag erheblich. Dieser Effekt wurde in seiner Wirkung auf die **Leistungsbilanz** (– 3,4% des BIP) jedoch durch die Verschlechterung der Terms of Trade um 6% weit überkompensiert.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandierten zwar mit 5,9% noch überdurchschnittlich, verloren aber im Verlauf deutlich an Schwung. Dies ist auf die trotz gleichbleibend hoher Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie und niedrigere Zinsen erheblich schwächere Dynamik der Ausrustungsinvestitionen zurückzuführen. Demgegenüber hielt der Bauboom zunächst noch an. Doch auch hier waren Tendenzen zur Verlangsamung erkennbar.

Der **private Konsum** (+ 4%) wurde in seinem Schwung vor allem durch den Ölpreis- und wechselkursbedingten Kaufkraftabfluss gebremst. Der Indikator für das Konsumklima ist im Laufe des Jahres spürbar gesunken. Der **öffentliche Verbrauch** wurde im Zuge der Budgetkonsolidierung mit 2,6% weniger stark ausgeweitet als in den beiden Vorjahren.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage weiter. Die Beschäftigung nahm im Jahresdurchschnitt mit 6,7% sehr rasch zu. Gleichzeitig sank die Arbeitslosenquote um 1,8 Prozentpunkte auf 14,1%.

Der Preisanstieg beschleunigte sich während des Sommerhalbjahrs deutlich. Anschließend ließ er spürbar nach. Im Schnitt des Jahres stiegen die **Konsumentenpreise** um 3,5%, also wesentlich stärker als in Westeuropa und im Euro-Raum. Ursache hierfür war die in weiten Bereichen immer noch überhitzte Konjunktur, zu der sich die starke Importvertuierung addierte.

Wirtschaftspolitik

Im Vordergrund steht nach wie vor die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Wege eines deutlichen Wirtschaftswachstums, aber auch weiterer Reformen des Arbeitsrechts. Maßnahmen von erheblicher nationaler Bedeutung sollen zwecks Erhaltung des sozialen Friedens durch breiten Konsens abgesichert werden. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen geht weiter. Die Konjunktur erhält heuer seitens der Wirtschaftspolitik nur noch leichte Anstöße. Im kommenden Jahr ist eine etwas stärkere Stimulierung zu erwarten.

Die **Finanzpolitik** wurde für das laufende Jahr etwa konjunkturneutral konzipiert. Trotz der konjunkturellen Abkühlung dürf-

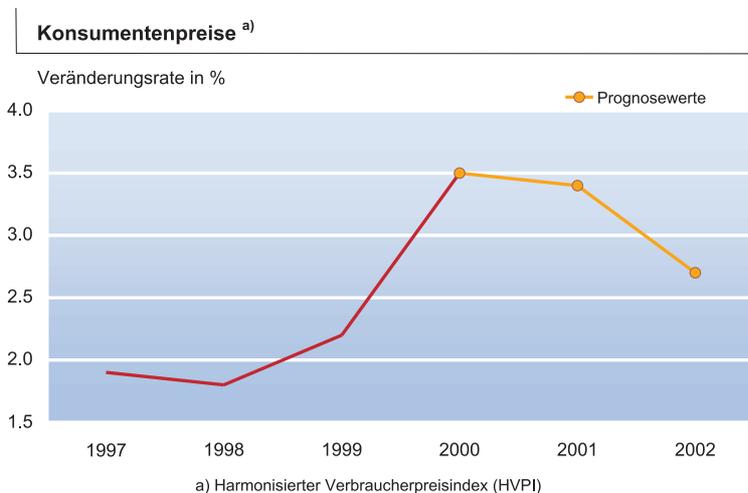
te die für diese Legislaturperiode versprochene Einkommensteuersenkung erst 2002 erfolgen und das Wirtschaftswachstum spürbar anregen. Das wäre zwar wahltaktisch richtig, aber konjunkturpolitisch, da dann prozyklisch wirkend, falsch. Gesamtstaatlich wurde für 2001 ein Anstieg der Ausgaben um 5,4% budgetiert; die Ansätze für Soziales und Infrastrukturinvestitionen sind etwa doppelt so hoch, während u.a. im militärischen Bereich gespart wird. Die Einnahmen sollen um 9% zunehmen. Zwar wird das dem Staatshaushalt zugrunde gelegte Wirtschaftswachstum von 3,6% deutlich verfehlt. Da aber gleichzeitig der Preisanstieg mit 2% erheblich unterschätzt worden ist, erscheint das Erreichen der Konsolidierungsziele – im Einklang mit dem mit der EU-Kommission abgesprochenen Stabilitäts- und Konvergenz-Programm – kaum gefährdet: Gesamtstaatlich dürfte eine knapp ausgeglichene Rechnung erreicht werden (bei einem Rückgang des Defizits im Staatshaushalt, also ohne Regionalhaushalte und Sozialversicherung, auf 0,3% des BIP) und die öffentliche Verschuldung in Relation zum BIP unter 60% sinken – 2002 geht sie weiter zurück. Da die von der Inflation unmittelbar »begünstigten« Erträge der Mehrwertsteuer die Haupteinnahmequelle bilden und aus der Besteuerung von UMTS-Gesellschaften (denen die Lizenzen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr billig überlassen wurden) zusätzliche Einnahmen anfallen, ist weniger das Erreichen des Einnahmeziels das finanzpolitische Problem, sondern die mangelnde Disziplin bei den Ausgaben. Zwar betragen die Anhebungen von Sozialrenten und Bezügen im öffentlichen Dienst gemäß der offiziellen Inflationsvorgabe 2%. Da diese jedoch ebenso wie die Mindestlöhne indexiert sind, wird das Budget 2002 mit Ausgleichszahlungen belastet; heuer fallen diese ebenfalls höher aus als vorgesehen.

In der Schwebelage hängt ferner das leidige Problem des Finanzgebarens der Regionen. Deren Finanzierungsdefizite sind insgesamt ständig über die Vorgaben des Zentralstaats hinausgeschossen und dürften das zunächst auch weiter tun. Madrid wird erst dann stärker disziplinierend wirken können,

wenn der Finanzausgleich zwischen Zentralstaat und Regionen neu geregelt ist, was frühestens 2002 zu erwarten ist. (In Deutschland, aber auch in Österreich, sucht die Bundesregierung ebenfalls stärker disziplinierend auf die Finanzpolitik der Länder zu wirken.)

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) hat vom November 1999 bis Oktober 2000 ihren Schlüsselzins in sieben Schritten von 2,5% auf 4,75% erhöht. Begründet wurden die Maßnahmen mit der das Wachstum des Produktionspotentials übersteigenden Produktionsausweitung im Euro-Raum und der konjunkturellen Überhitzung in einigen Ländern sowie dem ölpreis- und wechselkursbedingten Teuerungsschub. Wie die Entwicklung sowohl der langfristigen als auch der kurzfristigen Zinsen zeigt, konnte die EZB auf diese Weise aufkommende Inflationserwartungen dämpfen: Der Satz für Dreimonatsgeld liegt seit Mitte März bei 4,6% nach 5,1% auf dem letzten Höhepunkt im November 2000.

Ob man nun auf die Taylor-Regel, die McCallum-Regel, den langfristigen Durchschnitt oder den Realzins rekurriert – kurzfristige Finanzierungen waren und sind nach wie vor günstig. Die Rendite langlaufender Staatsanleihen erreichte zuletzt im September 2000 mit 5,5% ihr Hoch und ging dann auf 5% zurück. Gleichzeitig verlangsamte sich der Anstieg der Geldmenge M3 des ersten Pfeilers der Zwei-Säulen-Strategie der EZB, und näherte sich der geplanten jahresdurchschnittlichen Ausweitung um 4,5% p.a. Nach der neu definierten Abgrenzung von M3, lag deren Anstieg zuletzt sogar etwas unter diesem Richtwert. Der zweite Pfeiler, ein mittelfristiger Anstieg der Konsumentenpreise (HVPI) um 2% p.a., bereitet jedoch Sorgen. Nach einer Inflationsbeschleunigung ab Mitte 2000 und kurzer Beruhigung um die Jahreswende 2000/2001 sind die Inflationsraten wieder gestiegen, hauptsächlich verursacht durch teurere Energie und Nahrungsmittel sowie den wieder gestiegenen Dollarkurs. Zuletzt lag die Teuerungsrate im Euro-Raum mit 2,7% deutlich über der EZB-Zielvorgabe. Gleichwohl hat die EZB ihren Leitzins Anfang Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 4,5% zurückgenommen unter Hinweis auf die abzusehende Verlangsamung des Preisauftriebs u.a. als Folge von Konjunkturabschwächung, gerade noch mäßigem Lohnanstieg und das Einschwenken des Wirtschaftswachstums auf den Potentialpfad. Im späteren Verlauf dieses Jahres sind noch ein oder zwei kleine Zinsschritte zu erwarten, auch mit Blick auf den rasanten Zinsrückgang in den USA. Die EZB dürfte allerdings kaum tätig werden, bevor eine Verlangsamung des Preisauftriebs eingetreten ist.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Für Spanien kam die monetäre Lockerung zu früh. Denn die konjunkturelle Abkühlung ist noch nicht weit genug fortgeschritten, und die Inflation hat ein viel zu hohes Niveau erreicht. Infolge von Wirkungsverzögerungen

werden von den Zinssenkungen erst ab etwa Mitte 2002 Impulse auf die Konjunktur ausgehen.

Die **Lohnpolitik** scheint am moderaten Kurs festzuhalten. Derzeitig deutet nichts auf einen beschleunigten Anstieg der überwiegend indexierten Tarifföhne hin, obwohl die Inflation kräftig anzieht.

Ende 2000 war das **Ausländergesetz** verschärft worden. Unter anderem wurde der Anspruch auf eine Bewilligung zur festen Niederlassung für Nicht-EU-Bürger von zwei auf fünf Jahre verlängert. Illegal Eingewanderten sind Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie voller Zugang zur Krankenversorgung verwehrt. Ihre Kinder dürfen lediglich die Grundschule besuchen. Damit soll die stark gestiegene Tätigkeit von Schlepperbanden bekämpft werden. Es geht dabei nicht um die Abschirmung des Arbeitsmarktes, sondern die Regierung will die Zuwanderung unter Kontrolle bekommen. Trotz immer noch hoher Arbeitslosigkeit besteht in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungssektor auch langfristig großer Bedarf an billigen ausländischen Kräften. Auch ist Spanien längst vom Auswanderer- zum Einwandererland geworden. Der Ausländeranteil ist im Vergleich mit den meisten anderen westeuropäischen Ländern mit etwa 2% noch gering.

Trotz erheblicher staatlicher Anstrengungen (Nationaler Technologieplan 1998/2003) zeitigt die **Technologiepolitik** erst allmählich Früchte, obwohl technische Innovationen als wesentlicher Treibsatz für das Wirtschaftswachstum angesehen werden. Zwar nahmen die FuE-Ausgaben in Spanien im Gegensatz zu den großen EU-Ländern während der Jahre 1988 bis 1998 stärker zu als das BIP, doch ist ihr Anteil am BIP lediglich von 0,72% auf 0,91% gestiegen. Pro Kopf entsprechen die Aufwendungen für FuE erst 35% jener bei den großen EU-Partnern. Die erfolgreiche Transformation Spaniens vom Schwellen- zum Industrieland basiert auf dem technischen Know-how, das die in Spanien produzierenden Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen aus ihren Konzernzentralen einbrachten oder vor Ort entwickelten. Dabei wird es noch lange Zeit bleiben. Denn eine der wesentlichen Ursachen, die verbreitete Zurückhaltung der weit überwiegend kleinen und mittleren, meist kapital-schwachen spanischen Unternehmen gegenüber eigener FuE, ändert sich nur sehr langsam, obwohl der Staat weiterhin mit beträchtlichen Mitteln Unterstützung bietet.

In der **Arbeitsmarktpolitik** wurde im Frühjahr 2001 ein weiterer Fortschritt in Richtung eines flexibleren Arbeitsmarktes und einer Ausweitung der Beschäftigung erzielt; ob sich die gleichzeitig angestrebte deutliche Erhöhung des Anteils unbefristeter Arbeitsverträge realisieren lässt, ist derzeit noch nicht zu beurteilen. Immerhin wird den Arbeitgebern der Abschluss derartiger Verträge dadurch erleichtert, dass bei Entlassungen jetzt niedrigere Abfindungen als bisher für 16- bis 30-jährige Arbeitskräfte und über 45-jährige sowie für Frauen in Berufen

mit hoher Frauenarbeitslosigkeit zu erbringen sind. Für das Gros der Arbeitskräfte gibt es jetzt nur noch höchstens 24 Monatsgehälter, wenn auch grundsätzlich die alte Obergrenze von 42 Monatsgehältern (bei 45 Tageslöhnen pro geleistetem Arbeitsjahr) weiter gilt. Diese im westeuropäischen Vergleich sehr hohen Entlassungskosten haben bislang dazu geführt, dass etwa neun von zehn Arbeitsverträgen zunächst befristet sind und der Anteil der Arbeitnehmer mit derartigen Abmachungen im Jahre 2000 bei 32% lag. Bei befristeten Verträgen, die nach zweimaliger Verlängerung in unbefristete umzuwandeln sind, fallen nämlich keine Entlassungskosten an. Allerdings wurde die Vertragsdauer von 13,5 Monaten auf ein Jahr verkürzt. Außerdem bekommen die Unternehmen ein Jahr lang die Sozialbeiträge für Frauen nach der Babypause vom Staat ersetzt, um deren Arbeitsplätze zu sichern oder ihnen das Finden einer neuen Stelle zu erleichtern. Auch die Regelungen für die noch relativ wenig verbreitete Teilzeitarbeit (sie liegt seit Jahren bei 8% aller Arbeitnehmer) – für die jetzt auch Abfindungen fällig werden – wurden liberalisiert. Reformen der Flächentarifverträge (in Richtung Dezentralisierung der Tarifverhandlungen) sowie der Arbeitslosenversicherung werden ausgearbeitet. Wenn auch diese Fortschritte bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes vielfach für unzureichend erachtet werden, so ist zu bedenken, dass sie wohl das Maximum dessen darstellen, was die Regierung unter Wahrung des sozialen Friedens (eine ihrer Prioritäten) im Alleingang erreichen konnte, nachdem die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern nach achtmonatiger Dauer in diesem Frühjahr ergebnislos abgebrochen worden waren.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 1¹/₂%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um knapp 1¹/₂%. In **Mitteuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um fast 3% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um weniger als 2¹/₂% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland ungefähr 2% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 25,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis im Jahresdurchschnitt etwas unter das Niveau von 2000. Der **Wechselkurs des Euro** beträgt durchschnittlich 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 6%.

In **Spanien** verlangsamt sich der konjunkturelle Aufschwung allmählich bis über die Jahresmitte hinaus. Hierauf weist auch die Entwicklung der auf Unternehmens- und Konsumentenbefragungen basierenden Klimaindikatoren hin. Das erheblich weniger günstige weltwirtschaftliche Umfeld dämpft

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000	2001 ^{a)}			2002 ^{a)}	
			DGPC ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	4,0	4,1	3,2	3,2	2,9	3,3	2,9
Inlandsnachfrage	5,5	4,1	3,3	3,1	2,9	3,3	2,9
Privater Verbrauch	4,7	4,0	2,7	2,7	2,9	3,0	2,9
Staatsverbrauch	2,9	2,6	2,0	2,5	2,3	2,7	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	8,9	5,9	5,3	4,2	4,1	4,4	3,9
Exporte ^{e)}	6,6	10,8	8,1	9,2	8,2	8,9	7,4
Importe ^{e)}	11,9	10,4	7,9	8,4	8,0	8,8	7,3
Industrieproduktion	2,5	4,4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	2,2	3,5	2,8	3,2	3,2	2,3	2,8
Arbeitslosenquote	15,9	14,1	12,7	12,8	13,2	11,9	12,6
Leistungsbilanz ^{f)}	-2,3	-3,4	-3,2	-3,2	-3,2	-3,0	-3,2
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	-1,2	-0,3	0,0	0,1	0,0	0,2	0,1

^{a)} Schätzungen. - ^{b)} Dirección General de Previsión y Coyuntura (Ministerium für Wirtschaft und Finanzen), Madrid, vom April 2001. - ^{c)} Europäische Kommission, Brüssel, vom April 2001. - ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2001. - ^{e)} Güter und Dienstleistungen. - ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

in erster Linie die Expansion der Ausfuhr und als Reaktion hierauf die Ausweitung der Unternehmensinvestitionen. Der verlangsamte Anstieg von realen verfügbaren Einkommen und Beschäftigung bewirkt schwächer steigende Konsumausgaben. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich um reichlich 2³/₄% erhöhen. Der Preisauftrieb bleibt kräftig und wird erst nach und nach langsamer. Das Leistungsbilanzdefizit verringert sich in Relation zum BIP kaum.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 7%) nimmt weniger rasch zu als bisher, vor allem weil sich die Konjunktur in Westeuropa eintrübt; dorthin gehen über 70% der Warenausfuhr; nun macht sich auch die im westeuropäischen Vergleich seit längerem schon ungünstigere Entwicklung der Lohnstückkosten stärker bemerkbar. Auch der Absatz in Nordamerika und in den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern verliert deutlich an Schwung, obwohl der Wechselkurs des US-Dollar für den Export immer noch günstig ist. Beim Ausländertourismus werden die Zuwachsraten der Vorjahre wohl nicht wieder erreicht, u.a. weil Spanien vor allem gegenüber der Türkei an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat. Mit nachlassender Dynamik der Inlandsnachfrage expandiert auch der **Import** weniger lebhaft. Da sich die Terms of Trade etwas verbessern dürften, ist mit einem Defizit der **Leistungsbilanz** in der Größenordnung von 3,3% des BIP zu rechnen.

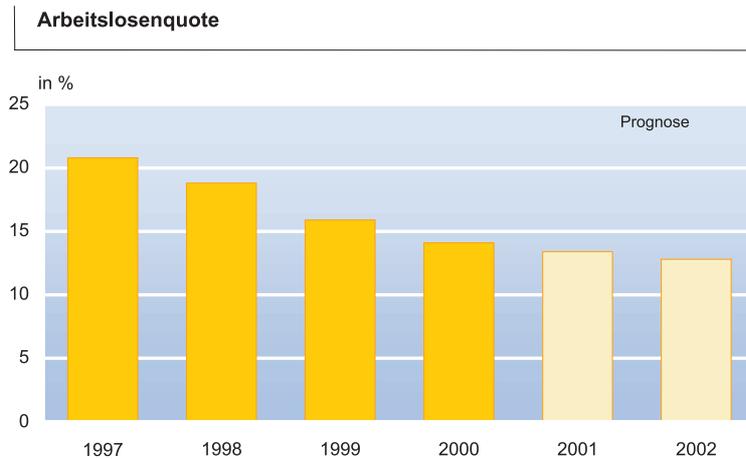
Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften um ungefähr 4% ausgeweitet werden. Weiterhin kräftig und ziemlich stetig werden die Infrastrukturinvestitionen erhöht, was vor allem die Baukonjunktur stützt. Im Wohnungsbau wird die Zahl der Fertigstellungen zwar das Niveau von 2000 erheblich überschreiten. Aber die Abnahme der Baugenehmigungen ab Mai 2000 deutet auf eine deutliche konjunkturelle Abschwächung in diesem Bereich hin. Diese ist allerdings geboten, da nicht nur Kapazitätsengpässe die Baupreise erheblich steigen ließen, sondern auch die Grundstückspreise stark angezogen haben. Vor allem die konjunkturbedingt

weniger günstigen Absatzaussichten im Ausland, aber auch die weniger rege Nachfragesteigerung im Inland sowie die allmählich sinkende Auslastung der Kapazitäten lassen eine gegenüber 2000 spürbar niedrigere Expansion der Ausrüstungsinvestitionen erwarten.

Der **private Konsum** verliert langsam an Fahrt. Er dürfte um etwa 2¹/₂% expandieren. Vor allem wird die Beschäftigung nicht mehr im bisherigen Maße ausgeweitet, und die Reallohne erhöhen sich infolge des kräftigen Preisanstiegs schwächer als zuvor. Auch deutet nichts auf eine nennenswerte Verringerung der Sparquote hin. Dauerhafte Güter werden weniger lebhaft nachgefragt. Das gilt auch für Wohnungseinrichtungen infolge des nachlassenden Aufschwungs im Wohnungsbau. Der **öffentliche Verbrauch** steigt um rund 2¹/₂%. Im westeuropäischen Vergleich ist das eine hohe Rate und mit einer konsolidierungsorientierten Finanzpolitik kaum kompatibel. Aber mit dem Auslaufen der langen Phase sinkender Zinsen Mitte 1999 nehmen auch die Aufwendungen für die Verzinsung der Staatsschuld nicht mehr ab.

Auf dem **Arbeitsmarkt** setzt sich die Besserung nicht im bisherigen Ausmaß fort. Konjunkturbedingt nimmt die Beschäftigung merklich schwächer zu. Die jüngst erfolgten Reformen des Arbeitsrechts werden sich erst im nächsten Aufschwung stärker beschäftigungsfördernd wirken. Denn heuer halten sich die Unternehmen bei Neueinstellungen wegen des sich eintrübenden Konjunkturklimas zunehmend zurück. Allerdings bleiben Fachkräfte, aber auch Ungelernte (Landwirtschaft) weiterhin gesucht. Die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt auf ungefähr 13¹/₂% zurückgehen.

Der Preisauftrieb hat sich im bisherigen Verlauf dieses Jahres, nach einer Verlangsamung im vorigen Herbst, tendenziell wieder beschleunigt. Ursachen waren der gegenüber dem US-Dollar wieder nachgebende Eurokurs, die sehr starke Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln, aber auch



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

die Preise für Dienstleistungen, besonders im Hotel- und Restaurationssektor zogen erheblich an. Erst im weiteren Verlauf dieses Jahres ist eine allmähliche Verlangsamung der Inflation zu erwarten. Das Inflationsziel der Regierung (+ 2%) wird jedoch auf jeden Fall verfehlt. Die **Konsumentenpreise** steigen vermutlich im Schnitt des Jahres um etwa 3 $\frac{1}{2}$ %.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden unterstellt: In den **USA** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr 2 $\frac{1}{2}$ %. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um ca. 1 $\frac{1}{4}$ % zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um rund 3 $\frac{1}{2}$ %. In **Westeuropa**, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt neuerlich um etwa 2 $\frac{1}{2}$ %; in Deutschland dürfte die Rate bei ca. 2% liegen. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** beträgt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres wieder ungefähr 25,5% US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen etwa dem Niveau von 2001. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 7 $\frac{1}{2}$ %.

In **Spanien** ist im Jahresverlauf mit einer spürbaren konjunkturellen Erholung zu rechnen. Stützend wirkt die Geld- und Finanzpolitik (Parlamentswahlen im Frühjahr 2003) sowie die kräftig anziehende Auslandsnachfrage. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** nimmt vermutlich um ca. 3% zu, getragen von allen großen Komponenten auf der Nachfrageseite einschließlich der Vorräte. Die Beruhigung des Preisauftriebs setzt sich fort. Die Beschäftigung nimmt erst im späteren Verlauf des Jahres wieder stärker zu (Nachläufer der Konjunktur). Das Defizit der Leistungsbilanz dürfte sich im Verhältnis zum BIP gegenüber 2001 nur wenig verändern.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 7 $\frac{1}{4}$ %) gewinnt – im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung im Allgemeinen und des konjunkturellen Aufschwungs in Westeuropa im Besonderen – erheblich an Dynamik. Zudem begünstigt der Wechselkurs des US-Dollar die Ausfuhr weiterhin. Allerdings steigen die Lohnstückkosten weiterhin rascher als im westeuropäischen Durchschnitt. Vom Aufwind der Auslandsnachfrage werden alle Bereiche, einschließlich Automobilproduktion und Tourismus, erfasst. Da der **Import** zumindest gleich stark ausgeweitet wird wie der Export, verändert sich der Fehlbetrag der **Leistungsbilanz** im Verhältnis zum BIP bei etwas verbesserten Terms of Trade gegenüber 2002 nicht nennenswert.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (reichlich + 4%) gewinnen ebenfalls zunehmend an Schwung, stimuliert von günstigen Zinsen, optimistischer beurteilten Absatz- und Ertragserwartungen sowie allmählich steigender Auslastung der Kapazitäten. Überdurchschnittlich werden die **Ausrüstungsinvestitionen** ausgeweitet, auch weil sich der Rationalisierungsbedarf erhöht. Die **Bauinvestitionen** expandieren etwa im Tempo des Vorjahres. Zwar dürften die staatlichen Investitionen in die Infrastruktur spürbar gesteigert werden, und auch das öffentliche Wohnungsbauprogramm 2000/2006 wird man wohl wahlwirksam aufstocken. Aber die Erholung des privat finanzierten Wohnungsbaus verschiebt sich ins zweite Halbjahr.

Der **private Konsum** nimmt um ungefähr 3% zu, vorausgesetzt die angekündigte Senkung der Einkommensteuer erfolgt – mit Blick auf die Parlamentswahlen 2003 – früh im Jahr und fällt nennenswert aus. Die Reallöhne steigen weiterhin mäßig, und die Zunahme der Beschäftigung gewinnt erst gegen Ende des Jahres an Tempo. Die Sparquote verändert sich wenig. Vor allem dauerhafte Güter werden von der besseren Konsumkonjunktur profitieren. Der **öffentliche Verbrauch** wird wohl wieder um rund 2 $\frac{1}{2}$ % ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, der stets ein Nachläufer der Konjunktur ist, ist eine Besserung etwa im Ausmaß des Vorjahres abzusehen. Die Beschäftigung erhöht sich erst gegen Jahresende wieder stärker. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf 12 $\frac{3}{4}$ % sinken. Dabei nimmt der Bedarf sowohl an qualifizierten als auch ungelerten Kräften spürbar zu.

Die **Konsumentenpreise** erhöhen sich im Schnitt des Jahres um 2 $\frac{3}{4}$ %, wobei bei einer allmählichen Verlangsamung im Verlauf der Basiseffekt (zunächst rascher Preisanstieg in 2001) wirksam wird.

Abgeschlossen am 21. Mai 2001